



Info Dienst Nr. 06 / 25.03.2011

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Kehrtwende bei der Atomenergie und das Vorgehen in der Libyenfrage haben in dieser Sitzungswoche eine getriebene und hilflose Bundesregierung offenbart.

Libyen steht am Rande zum Bürgerkrieg und jedes Mitglied des Deutschen Bundestages erkennt an, wie komplex und undurchsichtig die Lage ist. Die Entscheidung für oder gegen eine Flugverbotszone war von schwerwiegender und enormer Tragweite. Doch anstatt einen Sonderweg zu vermeiden, um Deutschland nicht zu isolieren, lässt die Bundesregierung nicht mehr erkennen, wofür unser Land steht. Bei der Resolution der Vereinten Nationen ging es auch um ein politisches Signal gegen einen Diktator, der gegen sein eigenes Volk Krieg führt. Erst an zweiter Stelle, stellt sich die Frage nach militärischer Beteiligung. Ich bin dagegen, deutsche Soldaten in einem libyschen Bürgerkrieg einzusetzen, aber ich bin dafür, dass Deutschland die Einhaltung der Menschenrechte einfordert.

Die Reaktion der Bundesregierung auf die allgemeine Kritik an der Enthaltung erfolgte plötzlich und in Form eines vorgezogenen AWACS-Mandats für Afghanistan. Dieses Verhalten, wie auch bereits die Entscheidungen in der Atomfrage, lässt den Eindruck zurück, die Bundesregierung handele nicht auf Grundlage einer ernsten Strategie, sondern weil sie sich in die Ecke gedrängt fühlt. Dieses Verhalten hinterlässt ein beklemmendes Gefühl, weil keinerlei politische Grundlage mehr zu erkennen ist.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Umbruch und Militäreinsatz in Libyen
2. Energiewende und Ausstieg aus der Atomenergie
3. Europäischer Rat und Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro
4. Im Blickpunkt

1. Umbruch und Militäreinsatz in Libyen

Vergangene Woche hat der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zur Einrichtung einer Flugverbotszone und zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Angriffen des libyschen Diktators Gaddafi beschlossen. Deutschland hat sich enthalten. Seit dem Wochenende fliegen die USA, Frankreich und Großbritannien Lufteinsätze gegen Gaddafis Armee. Die Bundesregierung will sich daran nicht beteiligen. Die militärische Intervention in einem Land, das an der Schwelle zum Bürgerkrieg steht, ist eine schwerwiegende Entscheidung von großer Tragweite. Humanitäre Motive sind gegen realistische Optionen und Folgerisiken abzuwägen. Niemand sollte hier leichtfertig urteilen. In jedem Fall aber ist es zwingend, eine gut überlegte und überzeugende politische Strategie zu formulieren. Was will und was kann man in Libyen abseits des Militärischen erreichen? Hier bleiben nahezu alle Fragen offen. Denn die Bundesregierung erweckt den Anschein, dass sie den Blick allein auf innenpolitische Debatten fixiert, im naiven Glauben, es reiche schon, nicht mitzumachen. So trägt Angela Merkel zur Verwirrung unserer internationalen Bündnispartner bei, die nicht mehr wissen, wofür wir eigentlich stehen. So droht Deutschland ins Abseits zu geraten, wo es darum geht, die NATO handlungsfähig zu erhalten.

Mandat zum Einsatz von AWACS-Flugzeugen in Afghanistan

In dieser Woche hat die Bundesregierung den Bundestag den Mandatsantrag zum Einsatz von AWACS-Überwachungsflugzeugen in Afghanistan vorgelegt. Ein Airborne Early Warning and Control System, kurz AWACS, ist ein fliegendes Radarsystem. Aufgabe des AWACS ist die luftgestützte Luftraumaufklärung und -überwachung mit dem Ziel der Früherkennung und Vorwarnung. Im Eilverfahren wurde dieses Mandat am Mittwoch in den Deutschen Bundestag eingebracht und am Freitag beschlossen. Nach den Vorgaben des Mandats soll sich die Bundeswehr an der Luftraumüberwachung über Afghanistan im Rahmen des Isaf-Mandates beteiligen. Bis zu 300 Soldaten sollen für den Einsatz der NATO-Aufklärungsflugzeuge AWACS am Hindukusch bereitgestellt werden. Zu den Aufgaben der AWACS-Aufklärer gehört die Koordinierung des Luftverkehrs von militärischen und zivilen Flugzeugen im Luftraum über Afghanistan. Zudem sollen sie Bodenoperationen der Isaf-Truppen unterstützen.

Ich persönlich habe dem AWACS-Mandat zugestimmt, allerdings mit der deutlichen Kritik daran, dass dieses Mandat mit der Situation in Libyen vermengt wird. Das Vorgehen der Bundesregierung ist nämlich eine Mogelpackung. Der Bundestag hat bereits im Juni 2009 dem AWACS-Einsatz in Afghanistan zugestimmt. Der Beschluss ist allerdings nicht umgesetzt worden. Am 15. April hätte der Bundestag nach bisheriger Planung erneut über die deutsche Beteiligung bei den AWACS-Besatzungen zu entscheiden gehabt – ohne jede Hast und ohne Sondersitzungen. Die Mogelpackung besteht darin, dass die Bundesregierung den Alliierten jetzt eine Leistung als Ausgleich anbietet, für die sie im April dieses Jahres sowieso schon eine Zusage gegeben hat. Diesen Zusammenhang gibt es jedoch nicht, was ich auch im Rahmen einer Erklärung zum Ausdruck gebracht habe.

Meine persönliche Erklärung finden Sie unter:

http://www.oliver-kaczmarek.de/wp-content/uploads/110325_Erklaerung_AWACS.pdf

2. Energiewende und Ausstieg aus der Atomenergie

Deutschland steht in der Atomfrage vor einer historischen Weichenstellung. Deutschland kann vorangehen und beweisen, dass die viertgrößte Wirtschaftsnation der Erde den

Ausstieg schafft. Der CDU fehlt Glaubwürdigkeit und Orientierung. Angela Merkels „Moratorium“, das ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz zur Laufzeitverlängerung de facto außer Kraft setzt, um einige alte Atommeiler für drei Monate vom Netz zu nehmen, ist politischer Betrug am Wähler und ein Verstoß gegen die Verfassung. Nur ein neues Gesetz des Deutschen Bundestages kann ein altes Gesetz außer Kraft setzen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Woche ein Abschaltgesetz sowie weitere Anträge für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie eingebracht. Die Bundesregierung hat sowohl den Gesetzentwurf als auch die anderen Anträge abgelehnt.

Abschaltgesetz – Atomkraftwerke schneller stilllegen

Die katastrophalen Ereignisse in den Atomanlagen im japanischen Fukushima zeigen, dass veraltete Atomkraftwerke (AKW) technisch nicht ausreichend gegen äußere Einwirkungen bzw. eine Kombination aus natürlichen Einwirkungen und technischem Versagen ausgelegt sind. Die Bundesregierung hat ein sogenanntes „Moratorium“ ausgesprochen, um einige Atommeiler in Deutschland vom Netz zu nehmen. Die schwarz-gelbe Koalition will ihr eigenes Gesetz zur Laufzeitverlängerung vorerst nicht anwenden. Dieses Handeln geschieht nicht nur auf zweifelhafter rechtlicher Grundlage. Es nährt auch den Verdacht, dass Union und FDP lediglich über die anstehenden Landtagswahlen kommen wollen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert rechtliche Klarheit: In unserem Gesetzentwurf fordern wir die umgehende Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwerke Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 sowie des AKW Krümmel. Ihre Betriebserlaubnis soll auslaufen. Damit würde keines der AKW weiterbetrieben, das die Regierung durch das „Moratorium“ vorübergehend aus dem Leistungsbetrieb nehmen will.

Den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/051/1705179.pdf>

Energiewende sofort!

Der Betrieb von Atomkraftwerken ist mit hohen Sicherheitsrisiken behaftet, die durch die Möglichkeit technischen und menschlichen Versagens zusätzlich erhöht werden. Die friedliche Nutzung der Atomtechnik ist mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht vereinbar – ihr Zeitalter ist vorbei. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion: Alle Atomkraftwerke in Deutschland müssen sich einem Test nach dem kerntechnischen Regelwerk von 2009 unterziehen. Dieses Regelwerk muss vor dem Hintergrund der Vorfälle in Japan neu bewertet und angepasst werden. AKW, die diesen Test nicht ohne jeden Zweifel bestehen, soll die Betriebserlaubnis dauerhaft entzogen werden. Die Überprüfung und zeitweise Abschaltung der AKW muss rechtlich so gestaltet werden, dass keine Regressforderungen gegen die öffentliche Hand entstehen. Schließlich fordert die SPD-Fraktion, dass die Regierung die Laufzeitverlängerung sofort zurücknimmt. Jetzt muss eine Initiative für Energieeffizienz beginnen und ein Innovationsfonds für den Netzausbau und für die Entwicklung von Speicherkapazitäten gegründet werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/051/1705182.pdf>

Keine Hermesbürgschaften für Atomtechnologien

Die Regierung hat in dieser Legislaturperiode die seit 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt. Damit wurde der Ausschluss der Exportförderung von Nukleartechnologien zum Neubau von Atomanlagen aufgehoben. Anfang 2010 wurde die erste Bürgschaft für Atomexporte im Grundsatz zugesagt, um die Beteiligung von Areva/Siemens am bereits begonnenen Bau des Reaktors Angra 3 im einzigen erdbebengefährdeten Gebiet Brasiliens mit 1,3 Milliarden Euro Hermesbürgschaften

abzusichern. Sie muss unverzüglich beendet werden. In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung dazu auf, ab sofort keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere Technologien, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt sind, mehr zu vergeben. Dies schließt die Anträge auf Exportkreditgarantien für Zulieferungen für Atomanlagen bzw. den Export von Atomtechnologie ein, die dem Interministeriellen Ausschuss für Exportgarantien des Bundes vorliegen. Die Grundsatzzusage für die Hermesbürgschaft für Angra 3 in Brasilien muss sofort zurückgezogen werden.

Den Antrag der SPD- und Grünen-Bundestagsfraktionen finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/051/1705183.pdf>

Ein nachhaltiges, effizientes, bezahlbares und sicheres Energiesystem

Die Vorfälle in Japan haben deutlich gemacht, wie wichtig der Umbau des Energiesystems hin zu einer hocheffizienten, auf erneuerbaren Energien basierten Energieversorgung ist. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist dafür das zentrale Instrument. Wenn der Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 Prozent erhöht und bis spätestens zum Jahr 2050 eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien erreicht werden soll, müssen heute die Weichen gestellt werden, um das bisherige System aus Erzeugung und Abnahme an die Anforderungen einer hohen und weiter anwachsenden Einspeisung erneuerbarer Energien anzupassen. Das derzeitige Energiesystem soll zu einem Energiedienstleistungssystem umgebaut werden, in dem Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden können. Dazu bedarf es eines „Fahrplans“, der kurz- und mittelfristige Maßnahmen bis zum Jahr 2020 abbildet, um die Anpassung des bisherigen Erzeugungs-, Abnahme- und Preisfindungssystems sowie der Akteure im Markt an den wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien zu gewährleisten. In unserem Antrag fordern wir die Regierung zu konkreten Umsetzungsmaßnahmen auf.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/051/1705181.pdf>

3. Europäischer Rat und Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Euro

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 24. und 25. März wurden Richtungsentscheidungen für die weitere Krisenbewältigung der EU getroffen. Auf der Tagesordnung standen eine Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Ausweitung des Europäischen Stabilitätsfonds (ESF) und die Vertragsänderung zur Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Zudem wurde ein sogenannter „Pakt für den Euro“ beschlossen.

In einem Entschließungsantrag hat die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung aufgefordert, auf eine wirkliche Bekämpfung der Krisenursachen hinzuwirken: Eine Finanztransaktionssteuer soll schnellstmöglich eingeführt werden. Darüber hinaus ist eine wirkungsvolle Banken- und Finanzmarktregulierung notwendig. Die Regierung muss die Überwachung der nationalen Haushalte innerhalb der EU unterstützen. Dabei darf der politische Spielraum der Staaten nicht derart eingeschränkt werden, dass eine Konjunkturpolitik unmöglich wird. Eine abgestimmte Wirtschaftspolitik in der EU muss tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanzen zwischen allen EU-Staaten zum Ziel haben. Der soziale Zusammenhalt in der EU soll durch die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel und eines sozialen Stabilitätspakts mit flächendeckendem Mindestlohn in den einzelnen Mitgliedsländern gestärkt werden. Über den zeitweiligen und den permanenten Rettungsschirm sollen den betroffenen Ländern kurzfristig konditionierte Hilfen gewährt werden. Weiterhin muss geprüft werden, wie der

Finanzsektor und die Gläubiger an den Kosten der Refinanzierung der Schuldnerstaaten zu beteiligen sind. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert weiterhin, dass der Prozess der wirtschaftspolitischen Koordinierung und damit auch die Etablierung und Arbeit des geplanten Stabilitätsmechanismus unter parlamentarische Kontrolle gestellt wird.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705187.pdf>

4. Im Blickpunkt

2./3. Lesung eines Bundesfreiwilligendienstes

Die Bundesregierung hat es versäumt, die überhastete Reform der Wehrpflicht - und damit auch die Aussetzung des Zivildienstes - in ein Gesamtkonzept zu betten. Mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst werden Doppelstrukturen zu den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendiensten geschaffen. In ihrem Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Regierung dazu auf, die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der bestehenden Jugendfreiwilligendienste zu schaffen.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/052/1705255.pdf>

2./3. Lesung Wehrrechtsänderungsgesetz

Mit dem Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 wird die Pflicht zur Ableistung des Grundwehrdienstes zum 1. Juli 2011 ausgesetzt. Gleichzeitig wird ein neuer freiwilliger Wehrdienst von 6 bis 23 Monaten für Männer und Frauen eingeführt. Der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs fordert die Regierung dazu auf, eine Konzeption zur Neuausrichtung der Bundeswehr mit einer soliden und nachhaltigen Finanzierung vorzulegen.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/052/1705246.pdf>

Änderung des Urheberrechtsgesetz

Der freie Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen insbesondere über das Internet ist eine Grundvoraussetzung für die internationale Vernetzung von Wissenschaft und Forschung. Das Urheberrecht muss daher an die Anforderungen der technischen Entwicklungen und neuer Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten angepasst werden. Der Bundestag hat dazu bereits zwei Reformen auf den Weg gebracht. Die Belange von Bildung, Wissenschaft und Forschung werden darin jedoch nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb schlägt die SPD-Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf die Einführung eines unabdingbaren Zweitverwertungsrechts für wissenschaftliche Beiträge vor, die im Rahmen einer überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/050/1705053.pdf>

Wahl des stellvertretenden Präsidenten des Bundestages

Der Bundestag hat am Mittwoch den CSU-Abgeordneten Eduard Oswald zu seinem neuen Vizepräsidenten gewählt. Oswald war von der CDU/CSU-Fraktion als Nachfolger der am 16. März aus dem Amt geschiedenen Gerda Hasselfeldt vorgeschlagen worden.

Auf Oswald entfielen 504 von 570 abgegebenen Stimmen. Mit Nein stimmten 39 Abgeordnete, es gab 27 Enthaltungen. Oswald ist damit neben Dr. Wolfgang Thierse (SPD), Dr. Hermann Otto Solms (FDP), Petra Pau (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) einer der Stellvertreter von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU).